

setzt auf Einnahmeverbesserungen aus einer sozialen und gerechten Steuerpolitik, die in Hessen zu erheblich höheren Einnahmen führen würde. Allein eine moderate Vermögensbesteuerung würde Hessen Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Euro bescheren.

Mit den zusätzlichen Mitteln will DIE LINKE vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik einen echten Politikwechsel einleiten und mit einem milliardenschweren Investitionsprogramm die Voraussetzung für ein gutes Leben für Alle in Hessen schaffen. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir fast fünf Milliarden Euro zusätzlich investieren. Dabei ist der Bedarf für den Schulbereich noch nicht vollständig absehbar, weil die Landesregierung sich weigert, diesen überhaupt zu erheben.

AKTIONSPROGRAMM GEGEN KINDERARMUT

DIE LINKE fordert ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut. Wir wollen die Kitagebühren vollständig abschaffen, ein kostenfreies Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler einführen und für echte Lernmittelfreiheit sorgen. Damit werden gerade Eltern mit kleinen Einkommen besonders entlastet. Außerdem soll die Ursache für Kinderarmut bekämpft werden: Armut.






Hierfür fordern wir zusätzliche Mittel für einen öffentlichen Beschäftigungssektor und die schnelle Finanzierung von zusätzlichen Maßnahmen im Sozialbereich.

LANDESAKTIONSPROGRAMME FÜR SCHULGEBÄUDE, SPORTSTÄTTEN UND SCHWIMMBÄDER

Angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen wir auch, dass gerade die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden müssen. Sie brauchen deutlich mehr Mittel, um investieren zu können – was beispielsweise der erschreckende Zustand an vielen Schulgebäuden, Sportanlagen und Schwimmbädern deutlich macht. DIE LINKE will ein ‚Landesaktionsprogramm Schulgebäudesanierung‘ initiieren, sowie Programme zur Schwimmbad- und Sportstättensanierung einrichten.

Wir wollen die relativ günstige finanzielle Lage sowie zusätzliche Einnahmen nutzen, um endlich damit zu beginnen, den Investitionsstau aufzulösen. Dafür plant DIE LINKE eine Investitions-offensive bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode. Nachfolgende Generationen haben nichts von niedrigen Steuern auf Vermögen und Unternehmenserbschaften – schon gar nicht, wenn gleichzeitig die öffentliche Infrastruktur, Sportplätze und Schulgebäude verfallen und an allen Ecken und Enden Personal fehlt – ob in den Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten oder bei der Planung von Baumaßnahmen.

-  linksfraktion-hessen.de
-  twitter.com/LinkeLTGHessen
-  facebook.com/linksfraktion.hessen

Herausgeberin: DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden | Telefon 0611 350 60 90 | E-Mail die-linke@ltg.hessen.de
Grafik und Satz: Hanna Hoeft | Druck: druckwerker.de
Fotos | Vorderseite: BillionPhotos.com | 84485734 | fotolia.com
Innenseite: RickLordPhotography | 139963241 | istockphoto.com
Rückseite: yacobchuk | 496025774 | istockphoto.com
V.i.S.d.P.: Janine Wissler | Stand: Dezember 2017

EINNAHMEN NUTZEN – INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

LINKE Vorschläge zum
Doppelhaushalt 2018/2019



DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

EINNAHMEN NUTZEN INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag hat zahlreiche Änderungsanträge für den Doppelhaushalt 2018/2019 eingebracht. Diese umfassen ein milliardenschweres Investitionsprogramm, ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut, ein gerechtes Bildungssystem, eine sozial gerechte Wohnungspolitik, eine bezahlbare Energiewende sowie Maßnahmen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen.

Die schwarzgrüne Landesregierung unterlässt es, die finanziellen Spielräume zu nutzen, um endlich eine notwendige Kehrtwende bei den Investitionen einzuleiten. Mit immer neuen, viel zu kleinen Investitionsprogrammen, die teilweise lediglich Bundesprogramme ergänzen, löst Schwarzgrün den Investitionstau im Land und in den Kommunen nicht auf. Leider unterbleiben notwendige Ausgaben für Bildung, Energie- und Verkehrswende und auch im sozialen Bereich. Etwa bei der Bekämpfung von Kinderarmut oder dem Wohnungsbau. Hier zeigt sich gerade in Zeiten einer guten Konjunktur, wie schädlich die Schuldenbremse ist. Denn sie führt dazu, dass dringend anstehende öffentliche Aufgaben nicht erfüllt werden und die öffentliche Infrastruktur mehr und mehr verfällt.

Gleichzeitig rächt sich, dass die Kommunen seit Jahren chronisch unterfinanziert und Investitionen den immer neuen Kürzungsrunden zum Opfer gefallen sind. Besonders bei den Schulgebäuden ist die Lage drängend. Zwar hat die Landesregierung im Rahmen von Sonderprogrammen bereits zusätzliche Mittel für Investitionen in Schulgebäude bereit gestellt – diese sind aber allenfalls ein Trostpflaster und viel zu gering bemessen. Das Sonderprogramm der Landesregierung würde nicht einmal ausreichen, um allein den Sanierungstau in Wiesbaden und Frankfurt aufzulösen. Die Höhe des Investitions-

bedarfes ist bisher nicht bekannt und muss erhoben werden, während weitere Mittel schon bereit gestellt werden.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich weiter, wo seit Jahrzehnten gekürzt wurde. Der soziale Wohnungsbau wurde über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt und die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind für immer neue Sonderopfer herangezogen worden, um den Landeshaushalt zu sanieren. Die Beamtinnen und Beamten sind von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt – das bedeutet, die teilweise Rücknahme der 42-Stunden-Woche müssen sie über geringere Einkommen selbst mitfinanzieren.

Die Landesregierung weigert sich, für ein gerechtes Steuersystem einzutreten. Notwendig wäre, Menschen mit besonders hohen Einkommen und großen Vermögen, aber auch Großkon-

zerne und Banken endlich angemessener an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Nur wer die Superreichen und Großunternehmen stärker zur Kasse bittet und damit für höhere Einnahmen der öffentlichen Hand sorgt, schafft die Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau unserer öffentlichen Infrastruktur.

MILLIARDENSCHWERES INVESTITIONSPROGRAMM

DIE LINKE hat umfangreiche Änderungsanträge zum Landeshaushalt gestellt. Die insgesamt fast 100 Änderungsanträge sind der Versuch, die größten Ungerechtigkeiten schwarzgrüner Haushaltspolitik auszugleichen und unsere Schwerpunkte für einen echten Politikwechsel deutlich zu machen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Nein, nicht nur ein Schwimmbad (wie die CDU behauptet) ist in Hessen geschlossen worden. Von 2002 bis 2016 sind 44 Schwimmbäder geschlossen worden. Und die Zahl steigt weiter.